

14.07.2009 | 14:07 Uhr

Landtagspräsidentin - (Übersicht - Neu: Details) Schipanski ruft zur Nutzung von «abgeordnetenwatch.de» auf

Erfurt (ddp-lth) Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski (CDU) hat die Thüringer dazu aufgerufen, das Onlineportal «abgeordnetenwatch.de» zu nutzen. Es biete die Möglichkeit, den Kandidaten für die Landtagswahl am 30.

Erfurt (ddp-lth). Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski (CDU) hat die Thüringer dazu aufgerufen, das Onlineportal «abgeordnetenwatch.de» zu nutzen. Es biete die Möglichkeit, den Kandidaten für die Landtagswahl am 30. August Fragen zu stellen, sagte Schipanski bei der Freischaltung der Internetplattform am Dienstag. Die Antworten könnten bei der Meinungsbildung und der Wahlentscheidung helfen. Die «24-Stunden-Bürgersprechstunde» mache Politik und Politiker transparenter und steigere somit das Interesse an der Wahl.

Bisher haben sich nach Angaben von Initiator Gregor Hackmack 267 Politiker, die in den 44 Wahlkreisen antreten, auf der Internetseite angemeldet. «abgeordnetenwatch.de» ist ihm zufolge seit 2004 online. Das anfangs nur für Bürgerschaftswahlen in Hamburg gedachte Portal gab es inzwischen zu elf Landtagswahlen, der Bundestagswahl 2005 sowie der Europawahl 2009. Während der Legislaturperiode stehen auch gut 90 Prozent der Parlamentarier von Bundestag und EU-Parlament Rede und Antwort.

Den sechs Thüringer Bundestagsabgeordneten wurden laut Hackmack bislang 747 Fragen gestellt, 87,8 Prozent wurden beantwortet. Damit lag die Antwortquote über dem Schnitt von 83,9 Prozent. Den Angaben zufolge ist Abgeordnetenwatch ein reines Frageportal, kein Diskussionsforum. Alle Fragen werden von den Mitarbeitern des Projekts gegengelesen und auf einen Kodex überprüft. Fragen zum Privatleben sowie beleidigende oder diskriminierende Äußerungen werden aussortiert.

Fragen können laut Hackmack bis einen Tag vor der Wahl gestellt werden. Langfristig soll der Kontakt mit den Abgeordneten aller Länderparlamente dauerhaft möglich werden. Dies sei aber abhängig von den Fördergeldern, sagte Hackmack. Das Projekt sei angewiesen auf Spenden von Bürgern und Politikern. Auch der Landtag könne es unterstützen. Die Landeszentrale für politische Bildung habe einen Antrag auf Förderung abgelehnt.

ddp/erd/jgu